

Reichsward

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Der Reichsward erscheint jeden Sonntagabend. — Bezugshilfe: Inland: vierteljährlich durch die Post 2.— RM. durch Kreuzband 2.75 RM. Ausgabe 8 monatlich 1.— RM. Deutschland monatlich 2 Schilling. Ausland: Vierteljährlich 1 Dollar. — Anzeigenpreise: Für die 9 gepaltene Millimeter breite 15 Goldpfennig, die ganze Seite 300 Gm.

Graf E. Reventlow

Der Reichsward entspricht dem Inhalt. Kaball nach Zeitl. Belegungen nehmen alle Postämter. Buchhandlungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ o. m. b. H. Berlin O 17, Markgrafendamm Nr. 11, entgegen. — Fernsprecher: Andrews 1876. Postfach-Nr. 100. Berlin SW 714. Unverlangt zurückgeschickte Briefe werden nicht zurückerstattet.

Ein verbrecherisches Börsenmanöver!

In London und New York hat die internationale Jüdischkeit den nationalsozialistischen Erfolg zum Anlaß für ein großes Börsenmanöver genommen. Die deutschen Werte wurden gekürzt auf sorgsam vorbereitete Marmuse hin: nationalsozialistischer Putz unmittelbar bevorstehend, Kabinett, auch Hindenburg, vor dem Rücktritt, allgemeines Chaos zu erwarten! Man wird leider schwerlich erfahren, welche Persönlichkeiten hier die Drahtzieher gewesen sind, aber sicher ist, daß sie

stinkig eintig, ein glänzendes Spekulations- und Schiebergeschäft. Der politische Sinn des Manövers aber war der Wink an die deutsche Bevölkerung: seht, in welcher entsetzlichen Katastrophe die Nationalsozialisten Deutschland führen! Schon die Tatsache allein ihres Wahlsieges bringt fürchterliche Börsenstürze und kostet der deutschen Wirtschaft und dem deutschen Volkvermögen ungeheure Summen! Wie wird es auch armen Deutschen erst gehen, wenn es diesen Verbrechern gelingen sollte, Einfluß auf die Leitung der deutschen Angelegenheiten zu gewinnen! Katastrophe, Katastrophe, Katastrophe!

von Millionen von Volksgenossen gerade für den Nationalsozialisten geradezu die Verneinung alles dessen, was er anstrebt und will, bedeutet. Der Zustand der Arbeitslosigkeit von Millionen bedeutet für uns einen geradezu unerträglichen strahlungsartigen Zustand des Volksorganismus und eine Pflichtverletzung des Staates dem Volke gegenüber, wie sie größer kaum gedacht werden kann.

Inhalt:

- Ein verbrecherisches Börsenmanöver
- Die NSDAP und die Arbeitslosigkeit
- Neues Theater in Geni
- Verschiedenes
- Deutsche Juden (Schlag)

Wie gesagt, ist gerade so betrachtet den Regierungsparteien und der Sozialdemokratie das New Yorker und Londoner Börsenmanöver ein erwünschtes und erfreuliches Ereignis gewesen. Sie hätten es ja sonst mit Leichtigkeit verhindern, ihm vorbeugen können, und zwar einfach durch sofortige amtliche Neußerungen. Aber die Propaganda gegen die Nationalsozialisten war der Regierung sehr viel mehr wert, als der deutschen Wirtschaft und damit der deutschen Bevölkerung einen Verlust zu ersparen, der sicher nach Hunderten von Millionen Goldmark zu beziffern ist. Wir müssen wieder einmal unser aufrichtiges Bedauern darüber aussprechen, daß es im Strafgesetzbuch den Begriff des Volksverrats nicht gibt.

Niemand ist sich wohl darüber im Unklaren, daß ein erheblicher Teil derer, welche ihren Stimmzettel für die N. S. D. A. P. abgegeben haben, von der Erregung, häufig vom dem Gefühl, allein sich hat leiten lassen: mit den anderen Parteien ist es nichts, sie haben versagt, sich unfähig erwiesen, wie die Erfahrung zeigt. Nun ist da die neue Partei, die nationalsozialistische Bewegung, sie ist jung, sie ist entschlossen, aufs Ganze zu gehen und vor allem und zunächst die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, mit eisernem Wesen überhaupt rücksichtslos für Reinlichkeit und Ordnung zu sorgen. Und wenn die Partei das tut, dann muß sie auch das fertig bringen, was die anderen Parteien nicht fertig gebracht haben: die Arbeitslosigkeit beseitigen, jedenfalls sich zu ihr gleich in einer Weise zu stellen, daß man sieht: wenn die Partei ihrer Macht und Stellung nach in der Lage wäre, so würde sie tatsächlich das Problem bewältigen können. Mit dieser Partei wollen wir es also versuchen und für sie stimmen!

in Deutschland sitzen, und daß ihr Interesse ein in hohler Harmonie verflochtenes politisches, wie geistliches war. Die Aktion beruhte von vornherein auf bewusster Unwahrheit, war eine plumpe Lüge, denn kein einziger der Marmuser hat an das geglaubt, was er nach London und New York hinüberfabelte. Bemerkenswert ist übrigens, daß an der Pariser Börse, die doch am allermeisten von dem Vorstehen des Putzes sich hätte berührt fühlen müssen, keinerlei „Panik“, ja nicht einmal eine merkbare Bewegung stattgefunden hat. Es ist den Marmusern in Berlin aber offenbar darauf angekommen, gerade in London und New York die Lüge zu verbreiten, und die Langsamkeit, wie die Zweideutigkeit amtlicher Aufklärungen, daß ein Putz nicht zu fürchten sei, daß die der Republik zur Verfügung stehenden Mittel durchaus stark genug seien, um Ruhe und Ordnung zu halten, — das zeigte nur zu deutlich, daß der deutschen Regierung das Putzgeschäft keineswegs unerwünscht war. Viele Menschen möchten beinahe annehmen, daß Regierungorgane dahinter gestanden haben. Warum? Zu welchem Zweck? Es handelte sich, die Sache liegt sehr klar, darum, die Hitlerbewegung dem englischstämmigen Ausland gegenüber von vornherein in härtesten Derruf zu bringen. Bezüglich Frankreichs konnte man sich das sparen, und in Italien würde man mit der Putzschlange keinen Eindruck gemacht haben. Das Interesse der Juden ging hier, wie immer, mit dem der deutschen Regierung zusammen. Die Judenheit in Deutschland war im ersten Augenblick außer sich über das Wahlergebnis und wandte sich, wie ihr natürlich, an die jüdisch geleiteten Weltgeldmittelpunkte New York und London. Die Parole: bevorstehender Putz, bevorstehendes Pogrom! sollte genügen und genügte, um die deutschen Werte an der Börse zu werfen. Das gab, man war sich natürlich in der Behandlung in-

Was hätten die Regierungsparteien und die Sozialdemokratie alles dafür gegeben, wenn auch nur das geringste geschehen wäre, das man als einen Putzversuch, eine Putzvorbereitung, oder auch nur als eine Putzgedankensünde, hätte öffentlich auswerfen können. Nichts konnte und kann den „Staatsverhaltenden“ erwünschter sein als „ungeheuerliche Handlungen“, nichts unerwünschter als die nationalsozialistische Bewegung auf dem Boden der Öffentlichkeit ihren gewaltigen Erfolg erringen und danach auf demselben Boden bleiben zu sehen. Aber es ist nun einmal so, man hat die letzte Rede Hitlers Buchstabe für Buchstabe unterjocht, und es ist den „Vorwärts“ zu seinem höchsten Merger nicht gelungen, eine Vorbereitung oder Forderung zum „Aufbruch“ mit Erfolg herauszulesen zu können. Retikülich wird weiter gelogen. Schon die verstoffelte Woche hat gezeigt, wie erfindlich die Not unsere politischen Gegner und hauptsächlich deren Presse von Tag zu Tag macht. Wir zweifeln nicht, daß es in möglichster Steigerung damit weiter gehen wird. Jeden Tag kommt etwas Neues. Eine besonders große Rolle wird weiter die Behauptung, besonders der Zuberpresse, spielen, „der nationalsozialistische Spul“ werde bald vorübergehen, da die Partei, im besonderen die neue Reichstagsfraktion, vor den Aufgaben der Praxis versagen und dann ihre große Gefolgschaft verlieren werde. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, daß Juden und Judengenosse und schwarze Politiker sich an Hoffnungen erfreuen, so haben sie wenigstens eine Freude, mögen sie weiterhin nationalsozialistische Putze erwarten, um schließlich festzustellen, was vor Nachtgeboten, freilich im anderen Zusammenhang, der Franzose sagte: „Es ist die Gerechtigkeit, die uns überwindet.“ (qui nous tue).

Niemand ist sich wohl darüber im Unklaren, daß ein erheblicher Teil derer, welche ihren Stimmzettel für die N. S. D. A. P. abgegeben haben, von der Erregung, häufig vom dem Gefühl, allein sich hat leiten lassen: mit den anderen Parteien ist es nichts, sie haben versagt, sich unfähig erwiesen, wie die Erfahrung zeigt. Nun ist da die neue Partei, die nationalsozialistische Bewegung, sie ist jung, sie ist entschlossen, aufs Ganze zu gehen und vor allem und zunächst die Wirtschaft in Ordnung zu bringen, mit eisernem Wesen überhaupt rücksichtslos für Reinlichkeit und Ordnung zu sorgen. Und wenn die Partei das tut, dann muß sie auch das fertig bringen, was die anderen Parteien nicht fertig gebracht haben: die Arbeitslosigkeit beseitigen, jedenfalls sich zu ihr gleich in einer Weise zu stellen, daß man sieht: wenn die Partei ihrer Macht und Stellung nach in der Lage wäre, so würde sie tatsächlich das Problem bewältigen können. Mit dieser Partei wollen wir es also versuchen und für sie stimmen!

Über die Arbeitslosigkeit an sich ist schon viel geschrieben worden, mittelbar und unmittelbar empfunden sie jeder: Sie frisst und verästelt wie eine Krebsgeschwulst den Volkskörper, wirtschaftlich und sittlich, sie ruiniert den inneren Markt und damit auch Handel und Gewerbe. Hunderttausende, man kann wohl annehmen, Millionen gerade der bestverdienenden Schichten haben für die NSDAP gestimmt, weil sie in ihr den Führer aus der wachsenden Not heraus erblickten, nachdem alle versagt haben. Sie alle, ebenso wie die Wähler der NSDAP, aus der handarbeitenden Schicht, haben bei der Wahl, auch darüber wollen wir uns ganz klar sein, viel weniger an die außenpolitischen Fragen gedacht, als eben an den Geier der Arbeitslosigkeit, der auch jedem einzelnen am Leben frisst, täglich und stündlich. Schon deshalb liegen ihnen sogar die Probleme der Youngtribune und, was damit zusammenhängt, nicht so unmittelbar nahe, als die trostlose Sorge des arbeitslosen Zustandes.

Die Ursache der Arbeitslosigkeit beruht letzten Endes in jener Wirtschaft, die wir hier immer als internationalistische Wirtschaft bezeichnet haben, eine solche nämlich, die sich, nach Stefanmanns Wort aus dem Jahre 1923, auf die „Hilfe von außen“ (ausländische Anleihen) einstellt und verläßt; welche die Dawesgefetze und nachher die Younggefetze zur logischen Folge hatte. Das ebenfalls logische Ergebnis heißt, kurz zusammengefaßt: Ruin der heimischen Produktion, Ueberhandnehmen des ausländischen Produkts und Fabrikats auf dem deutschen Innenmarkt, im selben Verhältnis Anschwellen des wurzellosen Proletariats durch die aus dem eigenen Boden fortgesetzt Entwurzelten, Wachsen der Einfuhr zur Deckung des Ausfalls in der Eigenproduktion, entsprechende wachsende Verflechtung an die Finanz, gleichbedeutend mit wachsendem Auslandendienst, Anleihen über Anleihen, Enteignungen über Enteignungen, sinkende Kaufkraft der Bevölkerung, dabei antizipatorischer Kapitalismus auch im Inneren, antisoziales Arbeitgeberverfahren usw. usw. Das sind eine Anzahl der Quellen der Arbeitslosigkeit, zu denen selbstverständlich, es brauchte kaum genannt zu werden, die durch die Namen Dawes und Young bezeichnete Tributverflechtung hinzukommt.

Die NSDAP und die Arbeitslosigkeit

Große, größte Aufgaben, so sagten wir in der Nummer der letzten Woche, habe die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei vor sich. Wir bezeichneten diese Aufgaben allgemein, zumal der Zielsetzung nach, schon oft. Praktische Aufgaben, Aufgaben der unmittelbaren Gegenwart, Aufgaben, deren schnelle Lösung oder Nichtlösung Lebenswichtige Bedeutung für das deutsche Volk hat, türmen sich dazu von allen Seiten auf. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei, im besonderen ihre Vertretung im Reichstag und Landtag, hat zwar auch bislang solchen dringenden und brennenden Aufgaben nicht ferngestanden. Sie hat im Gegenteil trotz ihrer zwölf Reichstagsmitglieder, auf das Regime an der Behandlung solcher Fragen teilgenommen, und die Art ihrer Erledigung nach Kräften zu beeinflussen gesucht. Die kleine Fraktion hat, und das wollen wir heute gerade nachdrücklich betonen, in der inneren Position, wie in der äußeren, wie in wirtschaftlichen und sozialen Fragen, stets einen wohlüberlegten und geraden Kurs gesteuert. Ungeachtet ihrer geringen Anzahl von zwölf Mann hat sich die Fraktion immer Geltung zu verschaffen gesucht und ist in einigen Fällen sogar von erheblichem Einfluß gewesen. Das waren selbstverständlich Ausnahmefälle, und es bedarf keiner besonderen Begründung, daß durchweg ein

Einfluß auf den Gang der Dinge im Reichstage nicht ausgeübt werden konnte. An die Stelle dieses Zustandes haben die Wahlen des 14. September nun einen ganz anderen, man möchte sagen: das Gegenteil, gesetzt: jede Haltung der neuen Fraktion in jeder Frage wird von größter Wichtigkeit und Wirkung sein.

Das ist es schon nicht allein, was uns heute gerade zu dieser Betrachtung veranlaßt, sondern wir möchten die Blide auf die Fragen lenken, welche gelöst werden müssen, und an deren Lösung sich das parlamentarische System mit seinen Vertretern gänzlich vergeblich versucht hat. Da steht an allererster Stelle die Arbeitslosigkeit. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei stellt in ihrem Programm, in ihren Grundsätzen und ihrer Ideologie die Arbeit an die allererste Stelle im Staat. Nach dem Werte der Arbeit des einzelnen Volksgenossen soll sein Wert unter und gegenüber den anderen Volksgenossen bemessen werden. Dadurch wird im nationalsozialistischen Staat die Arbeit zum Wertmesser schlechthin auf allen Gebieten des Lebens werden. Wir sprechen diesen bekannten Gedanken hier noch einmal aus, um anschaulich werden zu lassen, wie der Zustand der Erwerbslosigkeit bzw. Arbeitslosigkeit

Der Nationalsozialismus will, wie oft hier dargelegt wurde, wie ich auch in meiner Schrift: „Deutscher Sozialismus“ systematisch darzustellen versucht habe, an die Stelle eine Wirtschaft- und Sozialpolitik setzen, die auf dem heimischen Boden ihren unbedingten Schwerpunkt hat, gleichbedeutend auch mit der Schaffung der Möglichkeit, ein nationales Betriebskapital zu bilden. Ohne eine Aenderung der Währung und damit Ausschneiden Deutschlands aus der Goldwährung dürfte das nicht möglich sein. Wie diese Aenderungen zeigen, wird es einer grundsätzlichen Umwälzung bedürfen, bis der Staat seine unbedingte Pflicht unter allen Umständen erfüllen kann, jedem Deutschen Arbeit zu schaffen. Bis dahin muß mit einem System von Zuschüssen gearbeitet werden: um Arbeit zu schaffen und den schuldlos arbeitslosen Volksgenossen vor Elend zu schützen. Wenn die Sozialdemokratie großspurig fordert: Schafft Arbeit! und dazu neue Auslandsanleihen aufnehmen will, so würde das nach einer kurzen Periode der Selbsttäuschung und des Scheiterns nachher nur noch größeres Elend zur Folge haben. Nicht allein die Sozialdemokratie, sondern die so-

l